

„Veröffentlichung von Geodaten, Statistikdaten und Umweltinformationen“
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

1. Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie und in welcher Form stellt der Senat bislang Dritten Geodaten, Statistikdaten und Umweltinformationen online zur Verfügung?
2. Wie bewertet der Senat die in Berlin umgesetzte Strategie, einen Ideen-Wettbewerb auszurufen, um aus derartigen öffentlichen Daten sogenannte mobile „Apps“ zu entwickeln?
3. Wäre ein solcher Wettbewerb auch für Bremen in absehbarer Zeit denkbar?*

2. Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Über die Online-Portale von Bremen und Bremerhaven können Stadtpläne, Luftbilder und Bauleitpläne eingesehen werden. In Bremerhaven stehen darüber hinaus die Bodenrichtwerte und ein Solarkataster zur Verfügung. Parallel dazu sind Metadatenserver (Daten über Daten) eingerichtet.

Der Bremer Umweltdatenserver bietet Online Karten mit Informationen zu Schutzgebieten, Gewässern und deren Güte sowie Lärmdaten für Bremen und Bremerhaven.

Weiterhin können registrierte Nutzer/innen über den Geoserver Bremerhaven und den Bremen Viewer die Liegenschafts-/ Stadtkarte, topographische Karten mit unterschiedlichen Maßstäben, Luftbilder unterschiedlicher Jahrgänge und Auflösungen sowie z.T. weitere Geodaten einsehen. Diese Geobasisdaten stehen für registrierte Nutzer/innen auch als Online-Dienst zum Abruf mittels Web-Map-Service (WMS) bereit.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE werden innerhalb des vorgegebenen Zeitplanes weitere Bremische Geodaten gemäß Bremisches Geodatenzugangsgesetz (BremGeoZG) über Online-Dienste bereitgestellt. Das BremGeoZG sieht vor, dass für die Daten bzw. deren Bereitstellung über Geodatendienste Geldleistungen erhoben werden, wenn dies die Pflege und Aktualität der Daten sichert.

Das Statistische Landesamt Bremen ist Träger der amtlichen Statistik für das Land Bremen. Damit ist es zur Durchführung zahlreicher, gesetzlich angeordneter, Statistiken und zur Veröffentlichung der Ergebnisse für allgemeine Zwecke verpflichtet. Es ist zugleich kommunal-

statistisches Amt für die Stadt Bremen. In dieser Funktion werden statistische Daten für die kleinräumigen Verwaltungs- und Planungseinheiten der Stadt aufbereitet und veröffentlicht.

Die erhobenen Daten zeigen die aktuelle demografische, soziale, ökonomische und ökologische Situation des Landes und sind dadurch unverzichtbare Grundlage für politische oder planerische Entscheidungen.

Das Online-Angebot des Statistischen Landesamtes (www.statistik.bremen.de, Menüpunkt "Daten und Fakten") umfasst eine Vielzahl statistischer Daten in tiefer sachlicher, räumlicher und zeitlicher Gliederung. Es bestehen unterschiedliche Zugangswege zu den Daten (feste Tabellen, Datenbanken, interaktive Anwendungen). Das Online-Datenangebot ist grundsätzlich frei zugänglich und kostenlos, der Einsatz der Daten für mobile Apps ist möglich.

Zu Frage 2:

Die Senatorin für Finanzen hält die in Berlin und auch in München durchgeführten Programmier-Wettbewerbe für einen sinnvollen Baustein in seiner Strategie, die Transparenz der Verwaltung zu erhöhen. Vorbildhaft erscheint die Idee, neue Anwendungen in arbeitsteiliger Partnerschaft mit Nichtregierungsorganisationen oder Unternehmen entwickeln zu lassen. Die Verwaltung beschränkt sich in diesem Modell auf die Zur-Verfügungstellung der Daten.

Zu Frage 3:

Die Senatorin für Finanzen will den Informationszugang zu Dokumenten und Daten kontinuierlich verbessern. Die Eckpunkte dazu hat sie gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politikern und anderen interessierten Akteuren in der im Januar veröffentlichten „Bremer Empfehlung zu Open Government Data – Ein elektronischer Weg zu besserem Informationszugang und mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung“ festgehalten.

Die gemeinsamen nächsten Schritte sollen nun mit den Ressorts beraten und dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dazu wurde eine Projektplanung aufgesetzt, in der auch ein Ideen-Wettbewerb entsprechend der Berliner und Münchner Ideen vorgesehen ist. Dieser Wettbewerb sollte mit möglichst breiter Beteiligung von Informationsanbietern aus der öffentlichen Verwaltung und gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Bremen durchgeführt werden.